

Ressort: Politik

Managergehälter: Regierungskoalition wirft SPD Blockadehaltung vor

Berlin, 12.09.2013, 17:31 Uhr

GDN - Die SPD will kommende Woche das Gesetz gegen überhöhte Managergehälter im Bundesrat torpedieren - wohl auch auf Druck der Gewerkschaften. Die Regierungskoalition reagiert scharf: "Die SPD setzt nun leider ihre Verhinderungspolitik im Bundesrat fort", sagte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer dem "Handelsblatt" (Freitagausgabe).

Damit würde die SPD ihrer öffentlichen Empörung über zu hohe Managergehälter in der praktischen Umsetzung nicht gerecht. Das Gesetz der Koalition gegen Gehalts- und Rentenexzesse von Topmanagern sei "die angemessene und systemkonforme Antwort auf die öffentliche Diskussion über hohe Managergehälter." FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle warf den Gewerkschaften ein "Doppelspiel" vor. "Sie wollen das Gesetz gegen Exzesse bei den Managervergütungen verhindern, weil es ihre Machtposition in den Aufsichtsräten einschränken würde", sagte Brüderle dem "Handelsblatt". Dies zeige, dass sich die paritätische Mitbestimmung in den Aufsichtsräten überholt habe. "Die Kungelrunden im Aufsichtsrat, in denen Betriebsräte mit Managern die Bezahlung aushandelten, haben sich nicht bewährt", meinte Brüderle. Das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen hatte dem "Handelsblatt" bestätigt, bei der letzten Sitzung des Bundesrates in dieser Legislaturperiode am 20. September zum Managergesetz den Vermittlungsausschuss anrufen zu wollen. Damit wäre die Aktienrechtsnovelle faktisch gescheitert. Mit dieser wollten Union und FDP durchsetzen, dass sich der Aufsichtsrat von börsennotierten Unternehmen künftig die Managergehälter jährlich von der Hauptversammlung genehmigen lassen muss. Diese Beteiligung der Aktionäre soll übermäßige Vorstandsbezüge verhindern. Das Gesetz war Ende Juni vom Bundestag verabschiedet worden. Die SPD hält die Regelungen für untauglich. Die Partei will zwar auch "exorbitante" Managergehälter begrenzen. Sie setzt dabei jedoch auf eine Höchstgrenze für das Verhältnis zwischen der Vorstandsvergütung und dem durchschnittlichen Arbeitnehmerereinkommen. Diese Grenze sei von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat zu beschließen. Marco Buschmann, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, hält das nicht für glaubwürdig. "Die SPD verhindert aus Wahlkampfgründen vernünftige Maßnahmen zur weiteren Bewältigung der Finanzkrise." Denn sie blockiere neben den Regelungen zur Kontrolle der Vorstandsvergütung auch andere gebotene Teile der Aktienrechtsnovelle, sagte Buschmann dem "Handelsblatt".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-21619/managergehaelter-regierungskoalition-wirft-spd-blockadehaltung-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619